



SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2018

Welches sind die aktuellen **Konsumtrends** bei Alkohol, Tabak und illegalen Drogen in der Schweiz? Welche **Probleme** manifestieren sich beim Konsum von Medikamenten, beim Geldspiel und beim Internetgebrauch?

Das jährlich erscheinende Schweizer Suchtpanorama nimmt sich dieser und weiterer Fragen an, liefert neuste Fakten und Zahlen, stellt Zusammenhänge her und kommentiert. Eine übergreifende Medienmitteilung bringt die jüngsten Entwicklungen auf den Punkt.

AUSKÜNFTE

Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin
mportner-helfer@suchtschweiz.ch
Tel. 021 321 29 74

Sucht Schweiz

Av. Louis-Ruchonnet 14
Postfach 870
CH-1001 Lausanne
Tel. 021 321 29 11
Fax 021 321 29 40
PC 10-261-7
www.suchtschweiz.ch

INHALT

Angebot und Nachfrage verändern die Suchtlandschaft und fordern einen neuen gesellschaftlichen Umgang

Informationen zu folgenden Bereichen:

	Seite
• Alkohol	5
• Tabak	9
• Illegale Drogen	14
• Medikamente	18
• Geldspiel	22
• Internet	26



ANGEBOT UND NACHFRAGE VERÄNDERN DIE SUCHTLANDSCHAFT UND FORDERN EINEN NEUEN GESELLSCHAFTLICHEN UMGANG

Billiger Alkohol an jeder Ecke und im Web, eine wachsende Palette an Nikotinprodukten, THC-armes Cannabis – der Markt legaler Substanzen ist in Bewegung und wirft Fragen auf. Auch beim illegalen Cannabis manifestiert sich die Suche nach einem neuen Umgang. Hier und dort fehlt es an Forschungsergebnissen und am Interesse der Politik, zu steuern und die Gesundheitsrisiken für alle zu minimieren. Sucht Schweiz nimmt die jüngsten Entwicklungen unter die Lupe.

Angebot und Nachfrage verändern sich auch bei potenziell süchtig machenden Substanzen und Verhaltensweisen ständig. Mit neuen Entwicklungen stellen sich neue Herausforderungen. Was für manche im Verborgenen abläuft, hat sich in der Werbestrategie der Alkohol- und Tabakindustrie längst etabliert: das Anpreisen in sozialen Netzwerken, wo Nutzende Werbebotschaften aufgreifen und weiterleiten. Und wenn neue Produkte wie CBD-haltiges Cannabis einen Hype erleben, laufend neue Tabakprodukte erhältlich sind und Rauchende nach weniger schädlichen Alternativen suchen, muss dazu erst der passende Umgang gefunden werden. Welches Potenzial, welche Risiken und Langzeitfolgen diese Produkte haben, ist noch unklar. Ob der britische Psychopharmakologe David Nutt Recht behält, ist offen: Er prophezeit schon heute das Ende von Alkohol und Zigaretten.

Neue Produkte, die auf den Markt drängen, die Nutzung moderner Technologien, zu wenig rasche und unabhängige Forschung sowie eine Politik, welche die Gesundheit aus den Augen verloren hat, prägen heute das Bild.

Alkohol: billig und omnipräsent auch im Web

Der Pro-Kopf-Konsum von Alkohol ist im Jahr 2016 leicht auf 7.9 Liter reinen Alkohol zurückgegangen und die Abstinenzrate liegt bei rund 14% der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren – mehr als noch vier Jahre zuvor. Beim Risikokonsum gibt es indes kaum Veränderungen. 21.6% der Bevölkerung trinken chronisch oder punktuell risikoreich.

Alkohol kann billig und jederzeit erworben werden – auch im Internet, wo Konsumierende in sozialen Netzwerken zum erweiterten Arm der Werbeagentur werden. Alkohol ist zudem ein überall verfügbares Gut – eine Ausnahme sind Autobahnraststätten, aber laut Parlamentsbeschluss nicht mehr lange. Ein weiteres Signal der Deregulierung: Die Forderung, die Biersteuer abzuschaffen.

Raucherquote stagniert, was die Politik nicht kümmert

2016 rauchten 25.3% der Personen über 15 Jahre in der Schweiz, das heisst ein Viertel der Bevölkerung. Dieser Anteil hat sich seit rund zehn Jahren nur marginal verändert. Knapp 40% der Bevölkerung kennen die Gefahren des Tabakkonsums ungenügend. Am besten über die Risiken informiert sind Personen im Alter von 20 bis 44 Jahren.



In aller Munde sind neue Produkte, die als schadensmindernde Variante zum herkömmlichen Zigarettenkonsum gehandelt werden. Unklar bleibt, inwiefern das Rauchen entscheidend reduziert wird. Eine stringente Tabakpolitik, welche das Zigarettenrauchen mit einem Werbeverbot und einer wirksamen Steuer reduzieren würde, fehlt hierzulande. In die Bresche springt mitunter die Zivilgesellschaft wie der Verzicht auf das Tabak sponsoring des Gurtenfestivals zeigt.

Illegale Drogen – ein Wirrwarr ohne Grenzen beim Cannabis

Die Konsumzahlen bei den illegalen Drogen sind in etwa stabil geblieben. Cannabis ist die weitaus am häufigsten konsumierte Substanz, weit vor Kokain, Amphetamin und Ecstasy. Beispiellos ist das dramatische Ausmass der Opioid-Problematik in den USA, wo viele Menschen nach einer Schmerztherapie die Opiode auf dem Schwarzmarkt beschaffen und oft ohne es zu wissen zu Stoffen wie Fentanyl greifen. Wie eine Studie aus der Waadt zum Heroinmarkt nahe legt, stellt sich das Problem hierzulande bis jetzt nicht.

Die Cannabis-Politik steht vor immer grösser werdenden Herausforderungen. Mit CBD-haltigen Produkten, der uneinheitlichen Praxis bei den Ordnungsbussen, den geplanten Studien der Städte und Kantone für neue Regulierungsmodelle, der Verwendung von Cannabis zu medizinischen Zwecken sowie dem internationalen Kontext drängt sich eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes auf.

Geldspiele vor einer Renaissance mit unabsehbaren Folgen

0.8 bis 2.2% der Personen, die um Geld spielen, gelten als problematisch Spielende und 0.5 bis 0.8% als pathologisch Spielende. Von problematischen Formen des Geldspiels sind mehrheitlich jüngere Männer betroffen.

Die geplante Öffnung des Geldspielmarkts im Internet droht mehr Menschen in die Sucht zu ziehen, denn Online-Geldspiele bergen nachweislich ein höheres Suchtpotenzial. Eher abseits des öffentlichen Interesses hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das insgesamt die Möglichkeiten der Geldspielanbieter stärker gewichtet als den Schutz der Spielenden. Das Gesetz will nicht-lizenzierte Anbieter mit Netzsperrern vom Markt fernhalten und prompt wurde deswegen das Referendum lanciert. Gleichzeitig ermöglicht das Internet laufend neue Spielformen, welche insbesondere die Grenzen zwischen Video- und Geldspielen fließend machen – die Rede ist vom sog. Social Gambling.

Medikamente: Wo liegt die Schmerzgrenze?

In den USA sterben jeden Tag mehr als hundert Menschen an einer Opioid-Überdosis. Zu den betroffenen Substanzen zählen auch schmerzlindernde Medikamente. Die in den letzten zehn Jahren beobachtete Zunahme der Verschreibungen und des Umsatzes von opioidhaltigen Schmerzmitteln erfordert auch hierzulande Wachsamkeit. Bislang gab es aber keine Meldungen, wonach entsprechende Suchtprobleme zugenommen hätten.

Schlaf- und Beruhigungsmittel, namentliche Benzodiazepine, bergen ein Abhängigkeitspotenzial. 2.8% der Bevölkerung nehmen täglich oder fast täglich während mindestens eines Jahres solche Mittel ein. Dieser Anteil ist hoch, wenn man bedenkt, dass sie nur über kurze Zeit eingenommen werden sollten.



Neue Produkte schaffen neue Marktdynamik

Potenziell gesundheitsschädliche Stoffe sind alles andere als neu. Neu in den letzten Jahren ist die Diversifizierung der Produkte nicht nur im Alkoholbereich: E-Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen, die auf den Markt drängen; nebst Haschisch und Marihuana gibt es CBD-reiches Cannabis in Zigaretten oder als Tropfen und Balsam etc. oder in Esswaren; neue psychoaktive Substanzen oder Online-Spiele ohne Grenzen. Diese Entwicklung verlangt nach neuen Leitlinien, damit Produkte mit möglichst geringem Schadenspotenzial begünstigt werden und nicht die Interessengruppen mit dem grössten Einfluss. Ohne politisches Engagement bleibt ein Vakuum, von dem die Anbieter profitieren. Rasches Handeln und ein Gesamtkonzept drängen sich auf, um das freie Marktspiel besser zu regulieren und Gesundheitsschäden zu minimieren. Doch eine politische Linie fehlt heute.

Ein Feld ohne Schiedsrichter

Nicht zuletzt dank neuer Technologien erzeugt der Markt laufend neue Produkte, Werbe-, Informations- und Austauschmöglichkeiten. Er erwidert damit auch die Nachfrage der Konsumierenden nach Produkten mit weniger Risiken. Um diese zu kennen, bräuchte es aber mehr unabhängige Forschung. Kurzum: Es braucht einen Schiedsrichter, der genau hinschaut und dort regulierend eingreift, wo die Gesundheit der Bevölkerung auf dem Spiel steht. Der Staat steht in der Pflicht. Wer sonst?

Zahlen und Fakten auf neuem Stand und in neuem Kleid

Auf <http://zahlen-fakten.suchtschweiz.ch> stehen suchtspezifische Informationen und wissenschaftliche Daten bereit. Wer sich rasch einen Überblick über neuste Konsumtrends verschaffen will oder ein Thema vertieft recherchiert, findet hier fundierte Fakten und aktuelle Zahlen. Sucht Schweiz setzt neu auch auf Infografiken, welche Daten und Zusammenhänge visualisieren, ohne an Genauigkeit und Klarheit einzubüssen. Die Infografiken zeigen wichtige Kennzahlen zum Substanzkonsum (Alkohol, Tabak, Cannabis und weitere illegale Drogen, Medikamente) sowie zu potentiell problematischen Verhaltensweisen (Geldspiel, digitale Welt). Auch Folgen sowie Marktaspekte werden veranschaulicht. Das überarbeitete Portal richtet sich an Medienschaffende, Fachleute, Forschende, Vertreter und Vertreterinnen aus Politik und Verwaltung sowie alle weiteren an der Suchthematik Interessierte. Das Projekt wurde durch das Nationale Programm Alkohol und den Impuls- und Entwicklungsfonds des Bundesamtes für Gesundheit finanziell unterstützt.

Die Stiftung Sucht Schweiz ist ein nationales Kompetenzzentrum im Suchtbereich. Sie betreibt Forschung, konzipiert Präventionsprojekte und engagiert sich in der Gesundheitspolitik. Das Ziel der Stiftung ist, Probleme zu verhüten oder zu vermindern, die aus dem Konsum von Alkohol und anderen psychoaktiven Substanzen hervorgehen oder durch Glücksspiel und Internetnutzung entstehen. Das Dienstleistungsangebot von Sucht Schweiz ist nur möglich dank regelmässigen Geldspenden.

ALKOHOL

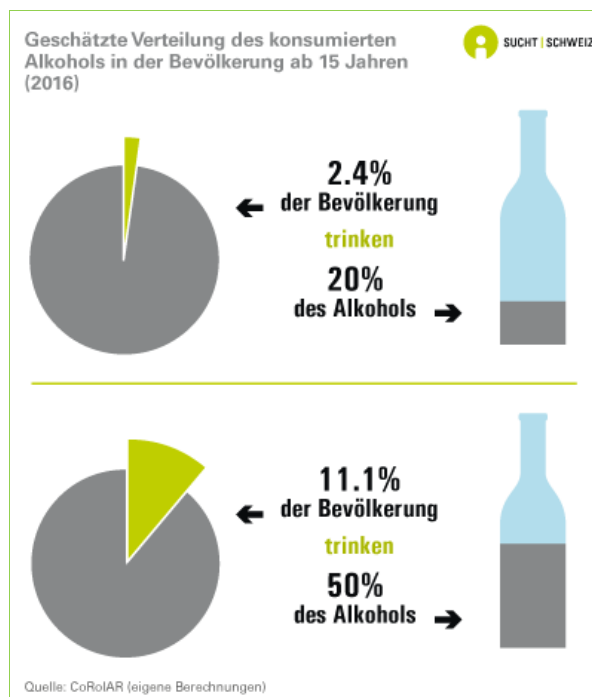
FREIE HAND FÜR LAUFEND NEUE (ONLINE-)MARKETINGSTRATEGIEN

Werbung wirkt und sie entfaltet sich im Internet – grenzenlos. Werbung beeinflusst die Trinkmenge und das Einstiegsalter sowie die Einstellung zu Alkohol, sagen Forschende. Studien weisen einhellig darauf hin, dass die Einschränkung von Alkoholwerbung wirksam und kosteneffektiv wäre. Problematisches Trinken beeinträchtigt immer auch weitere Personen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist in irgendeiner Weise negativ vom Konsum Dritter betroffen. Die Politik sieht indes keinen Handlungsbedarf – im Gegenteil: Der Konsum soll gar noch gefördert werden, sogar auf der Autobahn und mit der geforderten Abschaffung der Biersteuer zeigt sich die weitere Deregulierung.

Kaum Veränderung beim Risikokonsum

Laut den letzten Umfrageresultaten von [Suchtmonitoring Schweiz 2016](#) trinken 85.9% der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren Alkohol. Der [Pro-Kopf-Konsum](#) ist im Jahr 2016 leicht zurückgegangen und liegt bei 7.9 Litern reinem Alkohol pro Person. Kaum eine Veränderung ist bei den risikoreichen Trinkmustern auszumachen. Sowohl der chronische als auch der punktuelle Risikokonsum sind seit 2011 insgesamt stabil geblieben. 21.6% der Befragten trinken risikoreich. Einzig die Abstinenz hat in den letzten vier Jahren etwas zugenommen: Nach jüngsten Umfragen leben 14.1% der Schweizer Bevölkerung abstinent. Die Problemlast bleibt hoch: Eine Viertel Million sind laut Schätzungen alkoholabhängig. Rund 1600 Menschen sterben jährlich frühzeitig an missbräuchlichem Alkoholkonsum; das sind pro Tag mehr als 4 Todesfälle.

ALKOHOL





Aggressive Online-Werbung und Fragezeichen zum Jugendschutz

Die Nutzung des Internets eröffnet Werbetreibenden laufend neue Möglichkeiten. Ein [Bericht](#) von Sucht Schweiz verdeutlicht, dass sich Zielgruppen im Web mehr noch als bei konventioneller Werbung ganz spezifisch ansprechen lassen. Und wer sich in sozialen Netzwerken bewegt, wird aktiv in die Marketingstrategie eingebunden. Durch das Kommentieren, Teilen oder *Liken* von Alkoholwerbung werden Nutzerinnen und Nutzer zum verlängerten Arm der Werbeagentur. Gerade in sozialen Medien scheint der Jugendschutz nur soweit gewährleistet zu sein, als es um offizielle Inhalte von Alkoholmarken geht. Von Nutzenden erstellte Inhalte sind von jeglicher Regulierung ausgenommen. Zwar wird Alkoholwerbung in der Regel nicht direkt an Jugendliche gerichtet, jedoch gelingt es mit Lifestyle-Elementen wie Musik etc. Jugendliche, auch Minderjährige, anzusprechen. Eine schottische Expertengruppe fordert denn u.a. das Marketing in sozialen Netzwerken einzuschränken¹. Stichprobenartige Testkäufe im Internet zeigten zudem, dass Minderjährige sehr einfach Alkohol nach einer Online-Bestellung kaufen können.

Im Jahr 2016 wurden schweizweit rund 8500 [Alkohol-Testkäufe](#) in Läden und in der Gastronomie durchgeführt. In 32% aller Fälle sind alkoholische Getränke an zu junge Testkäuferinnen und -käufer verkauft worden. Dies sind 3% mehr als im Vorjahr. Möglicher Grund ist, dass vermehrt Testkäufe in Bars sowie Events/Festen und Kiosken durchgeführt wurden – also an Orten, wo seit jeher mehr illegale Verkäufe erfolgen.

Spitaleinweisungen wegen Alkoholvergiftungen und Abhängigkeit

Die im 2017 veröffentlichte [Studie](#) zu den stationären Hospitalisierungen aufgrund von Alkohol-Intoxikation und Abhängigkeit zeigt, dass knapp 8% von allen, wegen einer Alkoholvergiftung behandelten Personen junge Menschen zwischen 10 und 23 Jahren sind. Der Anteil steigt mit höherem Alter stetig an, wobei oft gleichzeitig eine Alkoholabhängigkeit diagnostiziert wird. Nach einem Höchststand im Jahr 2008 haben die stationären Behandlungen aufgrund von Alkohol-Intoxikation stetig abgenommen. Bei den 10- bis 23-Jährigen sind es im 2014 aber immer noch ein Viertel mehr als 2003. Zu bedenken ist, dass Behandlungen von Alkoholvergiftungen vermehrt ambulant erfolgen, was den Trend aber nur teilweise erklären kann.

Rauschtrinken: Nicht nur Unfälle, auch Sensibilität für Alkohol als Gefahr

In der Übersichtsarbeit [„Binge drinking: Health impact, prevalence, correlates and interventions“](#) hat Sucht Schweiz den aktuellen Stand der Forschung zum Rauschtrinken zusammengetragen. Hauptsächliche kurzfristige Risiken sind: Unfälle, ungewollte und ungeschützte Sexualkontakte, Gewalt und der Einfluss von Alkohol auf die Schwangerschaft. Gleichzeitig zeigen die neusten Ergebnisse, dass regelmässiges Rauschtrinken die Hirnentwicklung von jungen Menschen beeinträchtigt und die Basis für eine spätere Abhängigkeit legen kann.

¹ Alcohol Focus Scotland, Promoting good health from childhood, A report by the virtual expert network on alcohol marketing, 2017



Doppelt gemoppelt

Apéros sind kein neues Phänomen, allerdings ist das sog. Vorglühen bei Jugendlichen in den letzten Jahren verstärkt in Mode gekommen. Neuere Studien² betrachten das Phänomen in der Schweiz und kommen zum Schluss, dass das Trinken vor dem Ausgang den Konsum generell erhöht und nicht – wie eigentlich von den Konsumierenden erhofft – mit weniger Ausgaben einhergeht, im Gegenteil.

Schädigungen durch den Konsum von anderen

Risikoreicher Alkoholkonsum betrifft nicht nur die Konsumierenden selbst, sondern auch Angehörige und unbeteiligte Dritte. Zu diesem Thema gibt es bisher nur wenige Untersuchungen. Im Jahr 2016 waren 51.6% der Bevölkerung in der Schweiz in irgendeiner Weise [negativ vom Alkoholkonsum Dritter betroffen](#). Dies ist seit 2012 praktisch gleich geblieben. Frauen waren etwas häufiger betroffen als Männer. Die Häufigkeit der Vorfälle mit alkoholisierten Dritten nahm mit dem Alter deutlich ab. Insgesamt gab die Mehrheit Vorfälle an, die durch fremde Personen verursacht wurden.

Verkanntes Risiko für Krebserkrankungen

Wie eine repräsentative [Umfrage](#) im Rahmen von Suchtmonitoring Schweiz zeigt, ist die krebserzeugende Wirkung von Alkohol generell wenig bekannt, obschon Krebserkrankungen ungefähr einen Drittel der alkoholbedingten Todesfälle in der Schweiz ausmachen. Bei Brustkrebs bejahten lediglich 24.2%, dass der Krebs eine mögliche negative Auswirkung des Alkoholkonsums sei. Das Wissen um diesen in der Fachwelt unbestrittenen Zusammenhang ist seit 2012 fast unverändert tief. [Wissenschaftler](#) haben denn auch schon Warnhinweise auf Flaschen zur Diskussion gestellt.

Parlament will weiter deregulieren...

Wie in den Vorjahren wurden auch im 2017 keine weitreichenden präventiven gesetzlichen Massnahmen eingeführt. Im Gegenteil: Eine im letzten September eingereichte parlamentarische [Initiative](#) will die Biersteuer abschaffen, um Brauereien "nicht weiter zu diskriminieren". Und mit der Debatte um den [Alkoholverkauf an Autobahnraststätten](#) gab es einen Vorstoss für eine weitere Deregulierung: So wird das heutige Verkaufsverbot mit dem Argument der Wettbewerbsfreiheit aufgehoben. Eine weitere [Motion](#) zielt darauf ab, diese Liberalisierung zumindest an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, darunter ein nächtliches Verkaufsverbot. Der Entscheid des Parlaments zur Aufhebung des Alkoholverbots an Raststätten steht im Widerspruch zu [Via sicura](#), dem Programm des Bundes für mehr Sicherheit im Strassenverkehr. Dieses will die Zahl der Schwerverletzten und Getöteten reduzieren und enthält u.a. Massnahmen zum Alkoholkonsum. Allerdings werden auch hier im Parlament [Schritte](#) unternommen, um auf präventive Instrumente wie Alkoholverkehrssperren zu verzichten.

² Ein zusammenfassender Artikel dazu in: [Fazit. Forschungsspiegel von Sucht Schweiz im SuchtMagazin 1/2017](#).



...und begünstigt so die Entwicklung von Alkoholproblemen

Alkohol wird mit raffinierten Methoden – auch in sozialen Netzwerken – beworben und ist in der Schweiz überall, fast rund um die Uhr und billig zu haben. Den Verkauf an Raststätten nach über 50 Jahren wieder zuzulassen, hat auch Symbolcharakter. Strassenverkehr und Alkohol – diese zwei Bereiche vertragen sich schlecht. Denn wer fährt, trinkt (eigentlich) nicht. Die Deregulierung des Marktes selbst dort voranzutreiben, wo es so gar nicht passt, ist typisch für die Alkoholpolitik der letzten Jahre, welche vorab auf die Marktausweitung zielte.

Die jüngste Initiative zur Abschaffung der Biersteuer geht in die gleiche Richtung. Aus Präventionssicht gehört sie nicht abgeschafft, vielmehr sollte die niedrige Steuer erhöht und für gesundheitliche Belange eingesetzt werden. Etliche Biere sind heute allzu billig – ein halber Liter ist für knapp 50 Rappen zu haben. Ein Vollrausch kostet so viel wie ein Butterbrot. Der tiefe Preis und die hohe Verfügbarkeit kurbeln den Konsum an, gerade bei Jugendlichen, die sehr preissensibel reagieren. Schottland geht in Sachen Preis einen Schritt in die richtige Richtung weiter: Die Regierung kündigte im letzten November an, Alkohol-Mindestpreise so schnell wie möglich einzuführen. In einer gewissen Form gibt es [Mindestpreise](#) bereits in Kanada, Russland, Moldawien, Usbekistan und der Ukraine.

Nebst der Möglichkeit, Werbung quasi massgeschneidert an ein bestimmtes Publikum zu richten, kann über das Internet auch die Frequenz der Werbeeinhalte erhöht werden – nicht zuletzt indem das Publikum selber in die Marketingstrategie eingebunden wird. Das Onlinemarketing für alkoholische Getränke und deren Verkauf über das Internet haben das Potenzial, insbesondere den Jugendschutz zu schwächen. Die vielfältigen Werbemöglichkeiten sollten einmal mehr überdacht werden. Es ist belegt, dass Werbeeinschränkungen den Alkoholkonsum reduzieren können und eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürworten entsprechende [Restriktionen](#).

Die Grenze zwischen geselligem Geniessen und einem Alkoholproblem wird oft nach und nach, aus Gewohnheit überschritten. Die letztjährige, vom Bundesamt für Gesundheit lancierte Dialogwoche Alkohol lud dazu ein, den eigenen Alkoholkonsum zu überdenken. Dabei spielt die Frage, was denn ein risikoarmer Konsum ausmache, eine nicht unbedeutende Rolle. Eine vor Kurzem im Fachmagazin [Addiction](#) publizierte Studie kommt aufgrund eines Vergleichs von Risiken, die in anderen Bereichen (z.B. Lebensmittel) als akzeptabel gelten, zum Schluss, dass Frauen nicht mehr als ein Standardglas pro Tag trinken sollten und Männer nicht mehr als zwei. Damit müssten einige europäische Länder ihre Empfehlungen nach unten korrigieren – darunter auch die Schweiz.



TABAK

NIKOTINPRODUKTE: STAGNATION UND DIVERSIFIKATION

Die Raucherquote in der Schweiz verharrt seit rund sechs Jahren bei einem Viertel der Bevölkerung. Der Tabak bleibt das grösste Problem bei den nicht übertragbaren Krankheiten. Hingegen erfährt die Palette der Nikotinprodukte eine erhebliche Ausweitung, die für die Risikoverminderung relevant sein kann. Noch ist jedoch nicht klar, ob sie die Volksgesundheit verbessert oder verschlechtert: Bei einer strengen Antirauchgesetzgebung könnten solche Produkte einen Teil des Zigarettenkonsums ersetzen, ansonsten könnte damit nur der Tabak- und Nikotinkonsum ausgeweitet werden. Der neue Entwurf des Tabakproduktegesetzes lässt leider Letzteres erwarten.

Konsum: Neue Produkte drängen auf den Markt

Raucherquote bleibt seit dem Ende der politischen Eingriffe auf hohem Niveau

Seit 2011 geben jedes Jahr rund ein Viertel der Befragten des Schweizer [Suchtmonitorings](#) an, täglich oder gelegentlich zu rauchen. Bei Männern beträgt der Anteil gut 29%, bei Frauen 21%. Der Anteil ist unter den 20- bis 34-Jährigen am höchsten. Je höher der Bildungsstand, desto tiefer ist die Raucherquote. Der Suchtmonitoring-Bericht zum [Wissen der Bevölkerung](#) um die Gefahren des Tabakkonsums zeigt, dass gerade weniger gebildete Menschen auch ungenügende Kenntnisse besitzen.

Der vertiefende Bericht zum [Tabakkonsum der 15- bis 25-Jährigen](#) zeigt, dass die 15- bis 17-Jährigen seit 2012 weniger rauchen, dafür der Konsum der 20- bis 21-Jährigen ansteigt. Dies bestätigen andere nationale und internationale Untersuchungen, die einen Anstieg des Alters beim Tabakeinstieg vermuten lassen.

Weniger konventionelle, aber mehr selbstgedrehte Zigaretten

Die Anzahl der in der Schweiz verkauften industriellen Zigaretten nimmt weiterhin ab und belief sich den Zahlen der Oberzolldirektion zufolge im Jahr 2016 auf [9.7 Milliarden](#) Stück, das entspricht knapp 1400 Zigaretten pro Jahr und Einwohner ab 15 Jahren. Im Jahr 2017 haben zudem neuartige Zigaretten mit CBD-Zusatz grosse Schlagzeilen gemacht.

Im Gegensatz dazu werden mehr Zigaretten selbst gedreht: Der Anteil der Rauchenden, die nur noch selbstgerollte Zigaretten konsumieren hat sich seit 2011 mehr als verdoppelt, und auch der Konsum der Wasserpfeife hat seit 2011 zugenommen, vor allem bei den Jungen. Gemäss dem Suchtmonitoring konsumieren schliesslich 2.9% aller Befragten, mehrheitlich junge Menschen, rauchlose Tabakprodukte wie Schnupftabak oder Snus, unter den Nichtraucher sind es immerhin noch 2.3%!



Diversifikation im Markt – mit vielen Unbekannten

Elektronische Zigaretten (E-Zigaretten) werden erst seit rund fünf Jahren stärker vermarktet, allerdings ist der Verkauf von nikotinhaltenen Liquids in der Schweiz verboten. Gemäss den Resultaten eines [Spezialberichts](#) des Suchtmonitorings von 2016 haben gut 15% der Bevölkerung über 15 Jahren mindestens einmal eine E-Zigarette benutzt. Das sind mehr als doppelt so viele wie 2013, aber kaum mehr als 2014. Auch der tägliche Gebrauch stagniert bei 0.4% der Befragten. Ein Drittel der 15- bis 24-Jährigen haben bereits einmal zu einer E-Zigarette gegriffen, allerdings nutzen die Jungen sie kaum täglich. Täglich-Dampfer sind eher älter und nutzen auch eher Liquids mit Nikotin, die heute (theoretisch) nur aus dem Ausland beziehbar sind. Die Mehrheit der Dampfer rauchten gleichzeitig Tabakprodukte.

Es ist heute kaum mehr bestritten, dass E-Zigaretten weniger schädlich sind als die herkömmliche Zigarette und dass sie zur Risikoreduktion eingesetzt werden können, auch wenn noch kaum Langzeitstudien vorliegen. In der Wissenschaft wie auch in der Fachwelt ist aber nach wie vor eine intensive Debatte im Gang, ob die E-Zigarette gesundheitspolitisch gefördert werden soll. Denn verschiedene Untersuchungen zeigen einerseits, dass E-Zigaretten einigen Menschen dabei helfen, von der herkömmlichen Zigarette loszukommen, andererseits kann das neue Produkt auch dazu beitragen, dass Rauchende den Zigarettenkonsum nur reduzieren, statt ganz aufzuhören.

In den letzten zwei Jahren haben drei Tabakkonzerne je ein Produkt lanciert, das Tabak nicht verbrennen, sondern nur erhitzen soll. Sie werden heute aggressiv vermarktet. Die neuesten Daten des Suchtmonitorings stammen allerdings aus dem Jahr 2016. Zu diesem Zeitpunkt haben 2% der Befragten solche Tabakprodukte zum Erhitzen bereits ausprobiert, 0.2 % nutzen sie täglich. 20- bis 34-Jährige und täglich Rauchende sind stark überrepräsentiert.

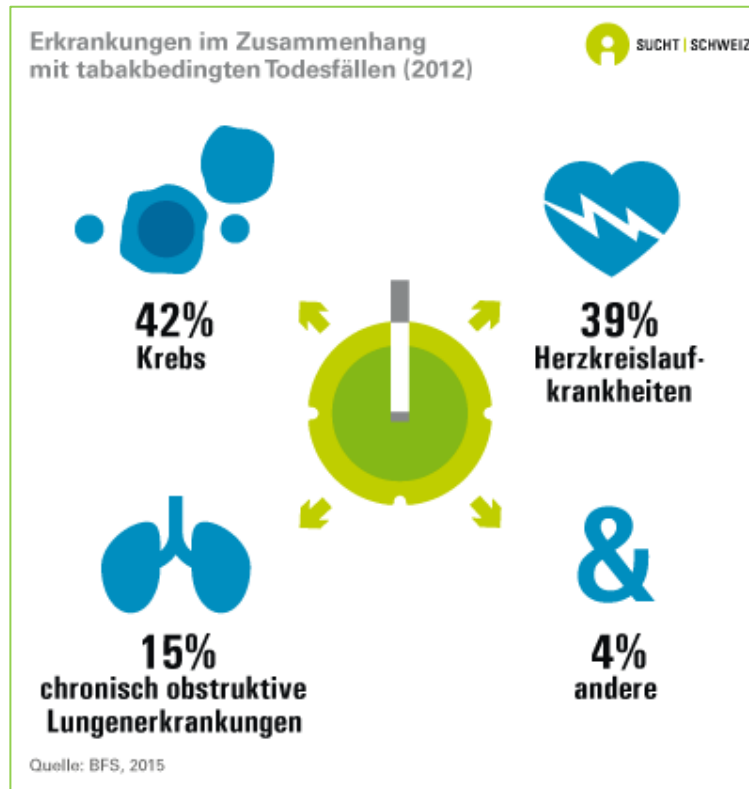
Wahrscheinlich sind auch diese neuen Produkte weniger schädlich als die herkömmliche Zigarette, allerdings liegen bisher nur wenige unabhängige Studien und noch keine Langzeituntersuchungen vor. Zudem ist sowohl in unabhängigen wie auch (in geringerer Masse) in Studien der Produzenten nachgewiesen worden, dass beim Erhitzen auch Rauchpartikel freigesetzt werden. Sucht Schweiz wird in Kürze ein Factsheet-Dossier publizieren, welches das aktuelle Wissen zu den wichtigsten heute erhältlichen Nikotinprodukten zusammenfasst.

9500 Tote pro Jahr als Folge des Tabakkonsums

Nikotin ist einer der am schnellsten abhängig machenden Stoffe und es ist davon auszugehen, dass die meisten der täglich Rauchenden (die rund 70% der Rauchenden ausmachen) davon [abhängig](#) sind. Nach den aktuellsten Zahlen starben im Jahr 2012 [9500 Menschen in der Schweiz](#) aufgrund des Rauchens. Hauptursachen sind verschiedene Krebsarten (42%), Herzkreislauferkrankungen (39%) sowie die chronisch obstruktive Lungenerkrankung (COPD, 15%). Im Jahr 2007 entstanden in der Schweiz im Übrigen durch das Rauchen direkte und indirekte Kosten von schätzungsweise 5.7 Milliarden Franken³. Davon fielen im Gesundheitswesen 1.7 Milliarden und in der Volkswirtschaft sowie den Sozialversicherungen knapp 4 Milliarden Franken an.

³ Neuberechnung in: Fueglistler-Dousse et al.: Coûts et bénéfices des mesures de prévention de la santé: Tabagisme et consommation excessive d'alcool (rapport final); Neuchâtel 2009.

TABAK



Politik: Wegschauen und Nullrunde-Gesetz

Im Dezember 2016 hat das eidgenössische Parlament den bundesrätlichen Vorschlag für ein neues Tabakproduktegesetz zurückgewiesen. Dies vor allem auf Grund der (eigentlich [von der Bevölkerung erwünschten](#)) Beschränkungen der Tabakwerbung. Im Dezember 2017 schickte der Bundesrat ein ausgedünntes Tabakproduktegesetz in die Vernehmlassung. Darin sind nur noch Werbeverbote in für Jugendliche frei zugänglichen Medien (Gratisanzeiger, Internet) vorgesehen.

Snus sowie nikotinhaltige Liquids für E-Zigaretten werden neu ins Gesetz aufgenommen. Gleichzeitig ist vorgesehen, auch Tabakerhitzer und E-Zigaretten dem Passivrauchgesetz zu unterstellen.

Im März 2017 hat der Ständerat dem Bundesrat die Möglichkeit verweigert, die Zigarettenpreise zu erhöhen, obwohl dies [besonders bei Jugendlichen präventiv](#) wirken und von der Bevölkerung befürwortet würde. Und im Dezember hat der Nationalrat den Vorschlag seiner Gesundheitskommission, vom Bundesrat einen Bericht zu den gesundheitlichen Auswirkungen von E-Zigaretten zu verlangen, versenkt, dies aus Angst vor einer zukünftigen Restriktion der E-Zigaretten. Der Nationalrat will's gar nicht erst wissen...



In diesem Kontext hat eine Koalition von Ärzte- und Apothekerverbänden sowie Präventionsorganisationen im Dezember beschlossen, eine Initiative für ein Tabakwerbeverbot zu lancieren, welche von Sucht Schweiz unterstützt wird.

Wie weiter? Politik riskiert von der Realität überholt zu werden

Im Gegensatz zu vielen Ländern der westlichen Welt geht die Raucherquote in der Schweiz seit Jahren nicht mehr zurück. Dies auch deshalb, weil schon länger keine strukturellen Massnahmen mehr beschlossen worden sind, obwohl solche nachweislich zum Rückgang des Zigarettenkonsums beitragen, was die Parlamentsmehrheit stur ignoriert. Doch die Bevölkerung will keine Tabakwerbung mehr und sie hat genug vom Zigarettenrauch. Deshalb gehen andere Akteure voran: Das Gurtenfestival hat als erstes reagiert und verbannt im 2018 jegliche Tabakpromotion, und die Initiative für ein Tabakwerbeverbot will dem Wunsch der Bevölkerung Nachdruck verleihen, wenn es die Volksvertreter schon nicht tun. Und schliesslich testen die SBB rauchfreie Bahnhöfe an sechs Orten.

Der Nikotinmarkt ist im Umbruch. Noch ist aber nicht sicher, wie schädlich die neuen Produkte sind (auch wenn zumindest die E-Zigarette für die Risikoreduktion geeignet scheint) und welchen Einfluss sie auf die Raucherquote und die Volksgesundheit haben. Jetzt wäre dringend mehr unabhängige Forschung nötig, um den Produkten einen sinnvollen gesetzlichen Rahmen geben zu können. Denn die erfolgreiche Reduktion der Raucherquoten in England und Schweden sind beim genaueren Hinschauen nur zum Teil auf die E-Zigarette resp. Snus zurückzuführen und können nicht ohne weiteres auf die Schweiz übertragen werden: Beide Länder haben gleichzeitig eine starke Antirauchpolitik geführt und aktiv beim Umsteigen auf die Alternativen geholfen. Ohne dies könnten neue Produkte zusätzlichen Nikotinkonsum generieren. Die Schweiz braucht also eine kohärente Tabak- und Nikotinpolitik, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden Rechnung trägt.

Rauch od. nicht Rauch – Forschung bedroht und Politik im Griff

Die Tabakkonzerne verfolgen das Ziel, dass ihre neuen Produkte auch in öffentlichen Innenräumen konsumiert werden können und lobbyieren gegen die bisherige Passivrauch-Praxis. Nach dem neusten Stand der Forschung darf diese aber im Hinblick auf den Gesundheitsschutz keinesfalls gelockert werden. Heftige Debatten haben bereits begonnen: Der Konzern Philip Morris drohte beispielsweise in einem Brief den Schweizer Universitäten Klagen für den Fall an, dass diese weiterhin eine Studie unterstützten, die im Aerosol von IQos Rauchpartikel nachwies. Denn wenn der Ausstoss als Rauch taxiert würde, droht eine höhere Steuereinstufung als bisher und der Traum von der Umgehung der Passivrauchgesetze wäre hinfällig.



Auch anderswo kämpft die Tabakindustrie weiterhin im Verborgenen und mit harten Bandagen: Enthüllungen wie die PMI-Files und die Untersuchungen gegen BAT in Grossbritannien haben die Praktiken dieser Industrie wieder neu ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht. Sie zeigen, dass die Industrie auch heute noch den Zigarettenkonsum ausweiten will, auch wenn sie das Gegenteil behauptet. Genau diese Industrie aber scheint unser Parlament im Griff zu haben.

Die Politik darf aber nicht damit rechnen, dass die Menschen irgendwie selber von der Zigarette loskommen, indem sie die neuen Produkte gebrauchen oder indem sie neue internetbasierte Ausstiegsprogramme wie Facebookcommunities oder das Smokefree Buddy-App nutzen. Diese sind als Ausstiegshilfen nötig, vermögen aber alleine die Raucherquote nicht deutlich zu senken, solange das Rauchen auf Schritt und Tritt beworben wird.

ILLEGALE DROGEN

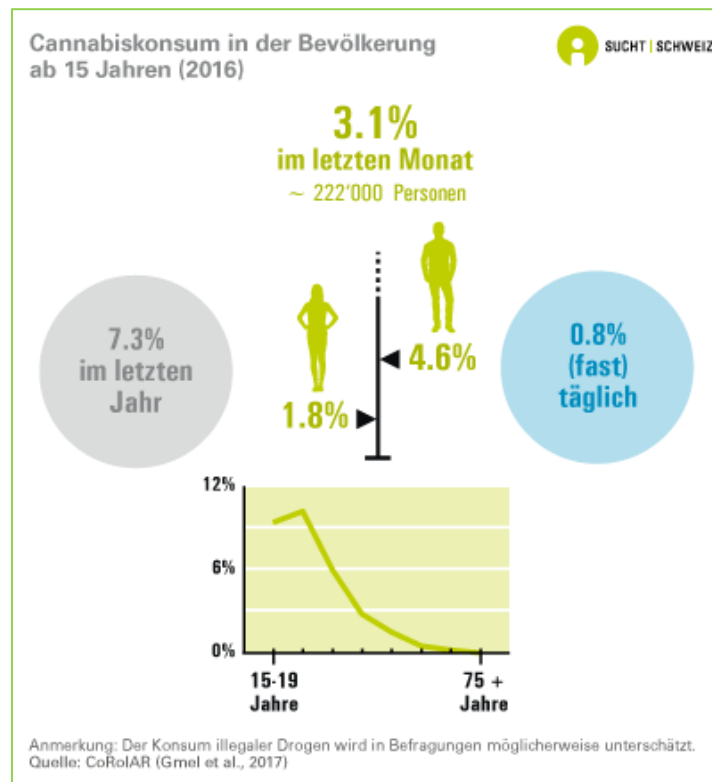
ILLEGALE DROGEN: DAUERBRENNER CANNABIS

Der Konsum illegaler Drogen in der Schweiz bleibt Zahlen zufolge stabil. Dafür bewegen sich die Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes sowie die Drogenpolitik in einer turbulenten Phase. Die Ursache hat immer denselben Namen: Cannabis. Welche Lösung wird dieser Situation gerecht? Eine gute Lösung könnte auch verhindern, dass hierzulande ein zu rasant wachsender Cannabismarkt entsteht wie er in Nordamerika zu beobachten ist.

Drogenkonsum: keine grossen Umwälzungen

[Die jüngsten Zahlen aus dem Suchtmonitoring Schweiz](#) zum Konsum illegaler Drogen belegen, dass die Situation insgesamt stabil geblieben ist. Einzig der Konsum während den letzten 12 Monaten bei Personen ab 15 Jahren hat für Cannabis von 6.5% (2015) auf 7.3% (2016), für Kokain von 0.5% auf 0.7% leicht zugenommen. Der aktuelle Konsum (letzte 30 Tage) der beiden Substanzen bleibt hingegen stabil. Junge Menschen konsumieren am meisten illegale Drogen und je regelmässiger oder problematischer der Konsum ist, desto höher ist der Anteil der Knaben bzw. Männer. Die am meisten konsumierte Substanz ist Cannabis; sie liegt weit vor Kokain und Ecstasy (MDMA). Der Heroinkonsum betrifft weiterhin in erster Linie Menschen, die oft schon seit vielen Jahren abhängig sind. Hier finden sich denn auch die Mehrheit der drogenbedingten Todesfälle: [in der Schweiz zwischen 2010 und 2015 etwa 130 pro Jahr](#).

CANNABIS





USA: eine gewaltige Katastrophe

Als Mittel gegen die Schmerzbekämpfung wurde vor gut zwanzig Jahren die zunehmend breite Verschreibung starker Opioid-Schmerzmittel eingesetzt. Doch damit entstand in den USA eine Problematik mit dramatischem Ausmass. Zehn Jahre später, als die Verabreichungspraxis endlich verschärft wurde, blieb eine beachtliche Gruppe süchtiger Patienten und Patientinnen zurück, die sich dem Heroin-Schwarzmarkt zuwandten. Das Heroin wurde bisweilen durch Substanzen der Fentanyl-Familie ersetzt oder verdünnt, die in Asien erzeugt werden und noch viel gefährlicher sind. Die Folgen dieser Entwicklung sind katastrophal: Schätzungen zufolge sind im Jahr 2016 in den USA knapp [64'000 Menschen an einer Überdosis](#) gestorben, davon zwei Drittel im Zusammenhang mit Opioiden. Dies entspricht vier bis fünf Mal der Anzahl Todesfälle zur Zeit der offenen Drogenszene in der Schweiz. Wegen dieser Epidemie ging die [Lebenserwartung in den USA](#) 2016 zum zweiten Mal in Folge zurück, erstmals seit den 1960er Jahren.

Und die Schweiz?

Es gibt gute Gründe dafür, dass sich diese Situation in der Schweiz nicht wiederholen wird. Aber das amerikanische Beispiel wirft dennoch Fragen auf, die Antworten verdienen. Diese gehen von der Regulierung des Medikamentenmarkts bis zur Feststellung neuer psychoaktiver Substanzen (NPS).

Weder die kürzlich durchgeführte [Marktstudie](#) der illegalen Opioide im Kanton Waadt noch das [Substanzen-Monitoring](#) in Kontakt- und Anlaufstellen der Schweiz haben Hinweise auf den Gebrauch von Fentanyl ergeben. Doch ist Wachsamkeit angesagt, denn solche Opioide wurden schon in wenigen Fällen im Postverkehr aus dem Ausland beschlagnahmt.

Die Schweiz ist keine Insel, auch wenn die wenigen vorliegenden Daten nahelegen, dass der Konsum neuer psychoaktiver Substanzen hier äusserst begrenzt ist. Beschlagnahmungen, aber auch [die Resultate des Drug Checking in mehreren Städten](#) zeigen, dass die Schweizer gelegentlich bestimmte NPS per Internet oder anderswo einkaufen.

Politik: Immer wieder Cannabis

Vom Verkauf von «legalem» Cannabis...

Im Sommer 2016 sind in der Schweiz die ersten Cannabis-Produkte mit weniger als 1 Prozent THC auf dem Markt erschienen, die somit nicht dem Betäubungsmittelgesetz unterstellt sind. Seither hat die Vielfalt der Produkte (Zigaretten, Öle, Kristalle, Konzentrate usw.) ständig zugenommen. Auch einige Grossverteiler ([Coop](#), Denner usw.) haben CBD-Cannabis in das Sortiment ihrer Geschäfte und Kioske aufgenommen. Diese Situation zeigt, wie ein Cannabis-Markt aussieht, der wenig oder gar nicht reguliert ist.



... über den Besitz von illegalem Cannabis, der nicht mehr gleich bestraft wird, ...

[Eine Studie von Sucht Schweiz](#) hat gezeigt, dass die Einführung von Ordnungsbussen für Cannabis-Konsumierende zu keiner Klärung geführt, sondern grosse Verwirrung und kantonale Unterschiede geschaffen hat. [Jüngste Gerichtsurteile](#) bestätigen dies. Immer mehr Kantone bestrafen Erwachsene, die weniger als 10 Gramm Cannabis in ihrem Besitz haben, nicht mehr. Dafür können sie von der Polizei aber mit 100 Franken gebüsst werden, wenn sie beim Joint-Rauchen erwischt werden. In anderen Kantonen werden sie angezeigt. Hier fehlt es definitiv an Kohärenz.

... die Ablehnung einer Cannabis-Studie...

Mehrere Schweizer Städte und Kantone arbeiten seit vier Jahren an Projekten, um die gesundheitlichen Auswirkungen einer legalen Cannabis-Abgabe an bisherige Konsument*innen zu untersuchen. Die Stadt Bern hat als erste dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) ein Projekt vorgelegt, für das sie ein Rechtsgutachten, die Zustimmung einer Ethikkommission und die Finanzierung durch den Schweizerischen Nationalfonds sichergestellt hatte. Das hat aber nicht gereicht: [Das BAG lehnte das Gesuch ab](#). Wer beim Cannabis neue Wege gehen will, steht vor einer sehr komplexen Herausforderung.

... und die wachsende Nachfrage nach medizinischem Cannabis ...

Die Wirksamkeit der Cannabinoide konnte erst für einige wenige Krankheitsbilder nachgewiesen werden, und sie werden bis jetzt kaum für Medikamente verwendet. Wer sich damit behandeln lassen will, muss einen Arzt / eine Ärztin finden, der / die sie verschreibt und eine Ausnahmegenehmigung beim BAG einreicht, dann muss er oder sie das Medikament beschaffen, das dann von der Krankenkasse oft nicht erstattet wird. Ein regelrechter Leidensweg, den aber [immer mehr Menschen](#) in der Schweiz aus den unterschiedlichsten Gründen gehen.

... bis zum internationalen Kontext, wo die Regulierung Einzug hält

Im Jahr 2018 werden Kanada und Kalifornien einen regulierten Cannabis-Markt etablieren. So wird sich die Zahl der Menschen, die in einer Region oder einem Land mit legalisiertem, reguliertem Cannabis-Markt leben, auf knapp 100 Millionen vervierfachen. Die Cannabis-Industrie, die sich seit 2014 in den Bundesstaaten Colorado und Washington entwickelt, hat mit ihrer Dynamik überrascht. Mit Kanada und Kalifornien wird sich das Angebot bestimmt noch spektakulärer entwickeln. Und wie beim CBD-Cannabis werden die Auswirkungen wohl bis in die Schweiz spürbar sein.

2018: Wer übernimmt die Initiative, eine neue Cannabis-Politik zu entwickeln?

Die Cannabis-Politik ist mit immer mehr Herausforderungen konfrontiert: Der CBD-Markt, ein uneinheitlicher Vollzug bei den Ordnungsbussen, der Wunsch der Städte und Kantone nach neuen Lösungen, Anträge für medizinisches Cannabis. Die Politik findet darauf nicht immer kohärente, befriedigende Antworten. Hinzu kommt ein internationales Umfeld, das sich im Wandel befindet.



Der gegenwärtige Reformstau schafft zwei Schwierigkeiten. Erstens entstehen immer neue Konfliktfelder (CBD-Produkte, ungleiche Strafen bei Cannabis-Konsum, abgelehnte Bewilligungen oder Kostenübernahmen für medizinisches Cannabis), die eine Klärung durch Behörden oder die Rechtsprechung nach sich ziehen. Zweitens fehlt es an Weitsicht, um sich schon heute gegen jene Interessengruppen zu wappnen, die bei der Entwicklung des Cannabis-Markts entstehen. Die USA zeigen es, auch die Schweiz tut dies mit dem CBD-Markt: Es braucht solide, kohärente Regulierungen, um die Handelsflut zu kanalisieren, die mit einem Statuswechsel beim Cannabis anrollen wird.

Gewisse Gruppen wünschen eine Rückkehr zur Cannabis-Politik des 20. Jahrhunderts: ein Verbot ohne Ausnahme. Doch dies stösst sich am nationalen und internationalen Kontext, der sich in den letzten Jahren stark verändert hat. Hinzu kommen Fragen zur Kohärenz, die der Cannabis-Politik seit jeher zu schaffen machen: Warum ist die Alkohol- und Tabak-Politik so anders als die Cannabis-Politik? Warum werden Cannabis-Konsumierende auch dann bestraft, wenn sie sich hauptsächlich selber schaden? Warum entzieht man einen solchen Markt einer Besteuerung und Qualitätskontrolle?

Unabhängig vom jeweiligen Standpunkt ist eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes angezeigt, und die Viersäulenpolitik muss dabei als Grundlage dienen. Die Frage stellt sich, wer das Ruder in die Hand nimmt und die Cannabis-Politik der Zukunft entwickeln wird. Das Parlament oder der Bundesrat? Wenn beide Instanzen trotz bestehender Schwierigkeiten tatenlos bleiben sollten, werden möglicherweise die Städte und Kantone alleine aktiv werden. Oder eine Volksinitiative wird Bewegung in die Sache bringen wie in den USA. Zwischenzeitlich entfaltet sich der Markt weiter – legal und illegal.



MEDIKAMENTE

STEIGENDE AUFMERKSAMKEIT FÜR MEDIKAMENTENMISSBRAUCH

Das Thema Medikamentenmissbrauch erlebte im vergangenen Jahr eine steigende Aufmerksamkeit. Dabei stand vor allem der Opioidmissbrauch im Zusammenhang mit der Schmerzmittelverschreibung in den USA im Fokus. Aktuell kennt die Schweiz bisher kein solches Phänomen, aber der Verkauf von Schmerzmitteln mit Abhängigkeitspotenzial steigt stetig. Gleichzeitig bleibt ein problematischer Langzeitgebrauch von Benzodiazepinen und ähnlichen Schlaf- und Beruhigungsmitteln bestehen: 9% der über 74-Jährigen könnten davon abhängig sein. Und schliesslich bleiben Psychostimulanzien zur Steigerung der Hirnleistung vor allem bei jungen Menschen ein Thema.

Kein Boom, aber überwachtungswürdig

Fokus Schmerzmittel auf Opioidbasis: Stetiges Wachstum, aber bisher keine Meldungen von Problemen wie in den USA

In den USA wurde die Verschreibung von Schmerzmitteln auf Opioidbasis ab den 1990er-Jahren stark ausgeweitet, was zu einer grossen Zahl von Abhängigen und Todesfällen geführt hat. Nach Einschränkungsmassnahmen der Behörden und auslaufenden Verschreibungen beschafften sich viele Menschen die Produkte auf dem Schwarzmarkt oder stiegen auf Heroin um oder gerieten an das noch stärkere Fentanyl. Im Jahr 2016 [starben in den USA rund 43'000 Menschen](#) aufgrund dieser Substanzen. Die USA verhängten deshalb den gesundheitspolitischen Notstand, ohne allerdings wirksame Massnahmen zu ergreifen.

In der Gesamtbevölkerung der Schweiz ist im Unterschied zu den USA keine starke Verbreitung festzustellen: Die Daten des Suchtmonitorings von 2016 zeigen zwar einen leichten Anstieg des Gebrauchs von starken, zum Teil opioidbasierten Schmerzmitteln: Innerhalb der letzten 12 Monaten haben 19.4% der Befragten mindestens einmal solche Medikamente genommen (gegenüber 17.3% im 2011), rund jeder achte davon beschaffte sie sich ohne Rezept. Der Prozentsatz von Personen, die sie täglich oder fast täglich während mindestens eines Jahres einnahmen, ist hingegen zwischen 2013 und 2016 von 2.5 auf 1.8% zurückgegangen.

Trotzdem ist Wachsamkeit angezeigt: [Eine Studie](#) hat die Kundendaten von Helsana zwischen 2006 und 2013 ausgewertet und gezeigt, dass sich die Verschreibung von starken opioidhaltigen Schmerzmitteln im ambulanten Bereich in dieser Zeit mehr als verdoppelt hat. Im 2013 haben 2.8% der Versicherten solche Medikamente bezogen. Die Studie stellt fest, dass in der Schweiz die Opioide vor allem für Krebspatienten und -patientinnen sowie für Menschen mit Altersgebrechen gebraucht werden – mehr in der Deutsch- als in der Westschweiz. Die Steigerung geht hingegen mehrheitlich aufs Konto von Nichtkrebspatienten und -patientinnen.



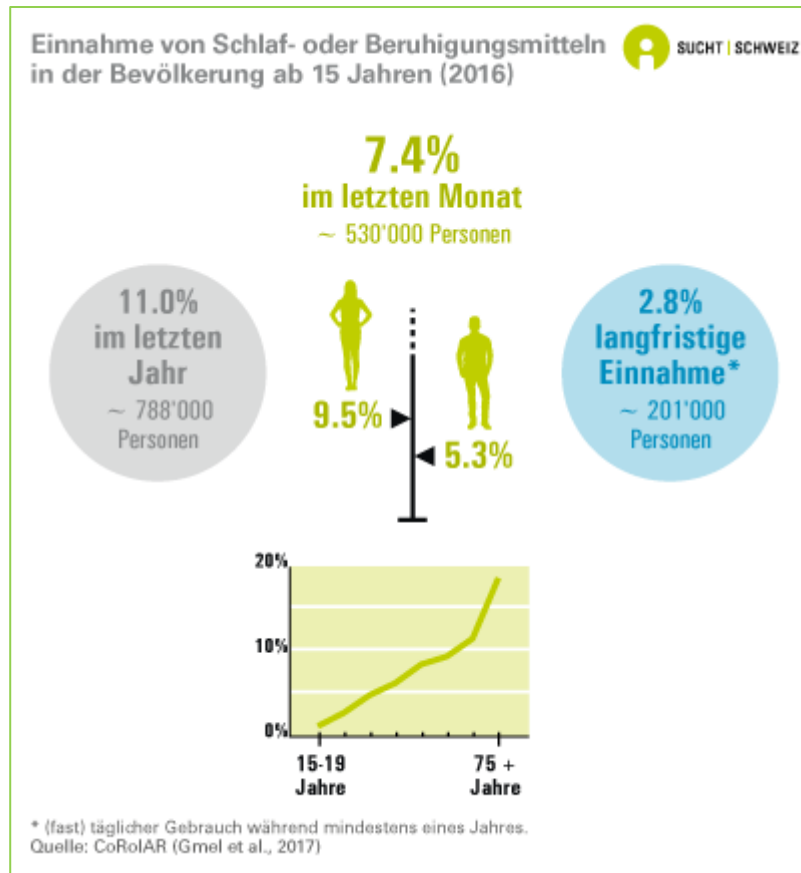
Auch die Zahlen der Zulassungsbehörde Swissmedic zeigen eine Steigerung der Lieferungen von starken opioidhaltigen Schmerzmitteln an die Ärzteschaft, Apotheken und Spitäler zwischen 2010 bis 2016. Während die Zahlen für Fentanyl und andere Medikamente stabil blieben oder gar sanken, wurden Oxycodon und Morphin beinahe doppelt so oft geliefert (allerdings betrifft ein Teil davon den Umstieg der Heroin-Substitution von Methadon auf Morphin). Auch das weniger stark opioidhaltige Tapentadol wird heute fünf Mal so oft gebraucht wie vor fünf Jahren. Parallel dazu zeigen die Schweizer Verkaufszahlen laut Branchenverband Interpharma zwischen 2008 und 2016 eine Steigerung von 81% bei den Opioidanalgetika.

In der Schweiz wird noch keine Zunahme von Suchtproblemen in Zusammenhang mit Opioidmedikamenten gemeldet. Die stetige Steigerung der Verkäufe scheint momentan noch auf eine verbesserte Schmerzbekämpfung hinzuweisen. Das im Vergleich zu den USA offenbar kleinere Problemvolumen könnte mit dem Bestehen einer staatlichen Aufsicht, weniger aggressivem Medikamentenmarketing und vielleicht auch kulturellen Unterschieden zusammenhängen. Es ist jedoch nicht klar, ob die in der Schweiz geltende verschärfte Rezeptpflicht (mit den Betäubungsmittelgesetzaufgaben), die sich bis jetzt offensichtlich bewährt hat, noch genügend Schutz bietet, falls Patienten und Patientinnen vermehrt Schmerzmittel verlangen oder das Medikamentenmarketing verstärkt wird.

Problematischer Langzeitgebrauch von Schlaf- und Beruhigungsmitteln bleibt stabil

Gemäss den Daten des Suchtmonitorings 2016 nehmen 2.8% der Schweizer Bevölkerung über 15 Jahren täglich oder fast täglich während mindestens eines Jahres meist auf Rezept Schlaf- oder Beruhigungsmittel ein. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung wären also fast 200'000 Personen betroffen. Der Anteil ist in der Romandie und im Tessin höher als in der Deutschschweiz. Insgesamt sind mehr Frauen (im Schnitt 3.6 %) als Männer (2.0 %) betroffen. Der Anteil steigt mit dem Alter stetig an und erreicht 9.1% bei den über 74-Jährigen. Dabei handelt es sich häufig um Benzodiazepine oder ähnliche suchterzeugende Medikamente, die bei einem langanhaltenden Gebrauch mit Risiken für die physische und psychische Gesundheit verbunden sind. In vier Fünfteln der Fälle wird die Einnahme des Medikamentes ärztlich verschrieben.

MEDIKAMENTE



Der Trend zwischen 2011 und 2016 zeigt Folgendes: Der Anteil der Befragten, die in den 30 Tagen vor der Befragung Schlaf- und Beruhigungsmittel einnahmen ist von 6.5 auf 7.4% angestiegen. Dabei hat aber vor allem der nicht regelmässige Gebrauch zugenommen, der tägliche Gebrauch während mindestens eines Jahres blieb stabil. Gleichzeitig ist die Anzahl in der Schweiz verkaufter Packungen von Schlaf- und Beruhigungsmitteln laut Interpharma zwischen 2011 und 2016 leicht von 7.4 Millionen auf rund 7 Millionen gesunken.

Fokus Psychostimulanzien: Die Leistungsgesellschaft und ihre Kinder

3.1% der von Suchtmonitoring im Jahr 2016 befragten 15- bis 24-jährigen Männer und Frauen gaben an, im letzten Jahr Psychostimulanzien eingenommen zu haben, knapp ein Drittel von ihnen ohne Rezept. Am meisten handelt es sich dabei um Medikamente, die in jungen Jahren oft gegen Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörungen verschrieben werden. In der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen lässt sich zwischen 2011 und 2016 ein stetiger Anstieg der 12-Monatsprävalenz von 1.4 auf 3.3% beobachten. In der Gesamtbevölkerung ist die Einnahme von Psychostimulanzien mit 0.9% (innerhalb des letzten Jahres) aber bedeutend weniger verbreitet.

Das Hirndoping mit Psychostimulanzien ist heute zunehmend Gegenstand von epidemiologischen Untersuchungen. Entsprechende Medikamente werden in der Hoffnung auf höhere Leistungen eingenommen, obwohl die Wirkung kaum nachgewiesen werden kann. Eine 2015 veröffentlichte [Studie](#) zeigt jedoch, dass bisher nur 1.4% der Bevölkerung mindestens einmal im Leben ein Medikament zur Steigerung der



eigenen kognitiven Leistungsfähigkeit eingenommen hat. Am meisten verbreitet ist die Einnahme bei Studierenden (6.8%) und bei Menschen, die zumindest irgendwann mal nach eigenen Angaben an einer psychischen Erkrankung gelitten haben.

In einer [Studie](#) bei 1400 im Schnitt 17-jährigen Schülerinnen und Schülern im Kanton Zürich haben im Juni 2014 54% der Befragten angegeben, bereits einmal mit der Einnahme von Substanzen eine bessere Hirnleistung angestrebt zu haben. Die meisten versuchen, mit Soft-Enhancern wie Energy Drinks, Kaffee, Tabak, Vitaminen oder pflanzlichen Beruhigungsmitteln wach zu bleiben, um sich besser konzentrieren zu können. Gut 9% der Befragten haben aber auch schon zu Medikamenten gegriffen, zwei Drittel davon zu Ritalin oder ähnlichem.

Was tun? Situation weiter überwachen sowie Unterstützung für Ärzte und Apotheker

Der Gebrauch von Opioid-Schmerzmitteln ist auch in der Schweiz angestiegen, aber auf tieferem Niveau und weniger schnell als in den USA. Auch dank der verschärften Rezeptpflicht scheint die Situation hierzulande vorläufig unter Kontrolle, doch angesichts der verheerenden Lage in den USA, die auch auf Grund der zu spät eingeleiteten Massnahmen entstanden ist, muss die Entwicklung zeitnah verfolgt werden. Doch mit dem Ende des Suchtmonitorings wird kein Instrument mehr existieren, das den Konsum in der Bevölkerung misst. Es wäre wichtig, für den Bereich der Schmerzmittel weitere regelmässige Befragungen durchzuführen, um je nach Entwicklung rechtzeitig reagieren zu können. Gleichzeitig könnte vielleicht ein Frühwarnsystem eingerichtet werden, zum Beispiel in Form einer Dokumentierung von Warnmeldungen von Apotheken an die zuständigen Aufsichtsbehörden (KantonsapothekerIn).

Im Bereich der Schlaf- und Beruhigungsmittel hat sich zwar der Konsum in den letzten Jahren kaum verändert. Doch auf Grund des in bestimmten Kreisen scheinbar tiefen Problembewusstseins hat sich auch die Prävention und Frühintervention noch wenig entwickelt. Präventive Massnahmen sollten gefördert werden. Denn eine tägliche Einnahme von benzodiazepinartigen Schlaf- oder Beruhigungsmitteln über 4 bis 8 Wochen führt in der Regel zu einer physischen Abhängigkeit. Der langanhaltende Gebrauch birgt insbesondere das Risiko von Einbussen im Bereich von Gedächtnis und Kognition, gefühlsmässiger Abstumpfung, Verminderung der psychomotorischen Koordination sowie der Reaktionsfähigkeit. Bei älteren Menschen, die ohnehin stärker auf Medikamente reagieren, ist deshalb das Risiko von Stürzen erhöht.

Da in den meisten Fällen risikobehaftete Medikamente auf Rezept und in Apotheken bezogen werden, ist es wichtig, die Ärzteschaft sowie Apotheker und Apothekerinnen bezüglich Medikamentenmissbrauch zu sensibilisieren. Zudem bräuchten sie noch eine bessere Anleitung, wie sie solche Medikamente in Zusammenarbeit mit den Patienten und Patientinnen wieder absetzen können. Nach einer Untersuchung im Kanton Freiburg wünschen sich viele Medizinalpersonen Leitlinien, wie sie in schwierigen Fällen vorgehen können, gefragt ist auch eine verbesserte Zusammenarbeit untereinander und mit den Behörden.



GELDSPIEL

"LES JEUX SONT FAITS" – MEHR GELD UND WENIGER PRÄVENTION

Das Parlament hat das neue Geldspielgesetz im Herbst verabschiedet, welches mehr Freiheiten für die Geldspielanbieter vorsieht als für den Schutz der Spielenden. Mit der Öffnung des Geldspielmarktes im Internet ist mit mehr problematisch Spielenden zu rechnen. Just der Online-Bereich bleibt umstritten. Weil ausländische Online-Anbieter vom Schweizer Markt abgehalten werden sollen, lancierten vorab Jungparteien das Referendum. Damit kommt Bewegung in die öffentliche Debatte ums Geldspielgesetz, wenn auch der Fokus auf dem "freien Web" liegt – das Internet, welches notabene Spielformen ermöglicht, welche die Grenzen zwischen Videospiele und Geldspielen verwischen und Suchtfachleute vor neue Fragen stellen.

Junge Männer spielen häufiger problematisch

Für die meisten Spielerinnen und Spieler steht das Vergnügen im Vordergrund, eine Minderheit unter ihnen entwickelt jedoch ein problematisches Spielverhalten, woraus sich eine Reihe von negativen Konsequenzen (finanziell, sozial etc.) ergibt.

In der Schweiz wurden bis heute zwei nationale Prävalenzstudien mit ähnlichen Messmethoden (South Oaks Gambling Screen, SOGS) zum exzessiven (problematisches und pathologisches) Geldspiel durchgeführt – sie liegen indes einige Jahre zurück. Gemäss diesen Studien wurden 0.8 - 2.2% der Befragten als problematisch Spielende und 0.5 - 0.8% als pathologisch Spielende klassifiziert. Von problematischen Formen des Geldspiels sind mehrheitlich jüngere Männer betroffen. Die erste Studie gibt an, dass 73% der problematisch und pathologisch Spielenden Männer waren, 43% waren unter 29 Jahre alt und 89% von ihnen haben vor dem Alter von 21 Jahren mit dem Spielen begonnen⁴.

Ein kürzlich erschienener [Review](#) europäischer Studien fokussiert auf das problematische Geldspiel bei jungen Menschen (im Alter von 10 bis 24 Jahren). Die Ergebnisse zeigen zum einen, dass der grösste Teil der Jugendlichen in ihrem Leben bereits Geldspielerfahrungen gemacht hatte. Obwohl das Anbieten von Geldspielen für Minderjährige zumeist illegal ist, ist die Prävalenzrate bei Jugendlichen höher als bei Erwachsenen. Jugendliche verfügen zudem in der Regel über ein geringeres Einkommen und geraten dementsprechend schneller in die Schuldenfalle. Weiter zeigte sich, dass die Flucht vor Problemen und unangenehmen Gefühlen einen zentralen Beweggrund für das Geldspiel bei Jugendlichen darstellt. Hingegen wurde die Aussicht auf Gewinn seltener als Motivationsgrund genannt.

⁴ Billieux, J./Achab, S./Savary, J. F./Simon, O./Richter, F./Zullino, D./Khazaal, Y. (2016): [Gambling and problem gambling in Switzerland](#). *Addiction*. 111(9): 1677-83.



Bei problematisch Spielenden stehen Geldspielautomaten sowie Online-Geldspiele an vorderster Stelle. Heikel sind Spiele mit schnellen Abfolgen und kurzen Intervallen zwischen Einsatz und Auszahlung.

Studien zeigen, dass namentlich problematisch Spielende einen beachtlichen Teil der Einnahmen aus Geldspielen für Betreiber und die öffentliche Hand generieren.

Problematisches Geldspiel hat nicht nur schwerwiegende Konsequenzen für die spielende Person, sondern auch für ihr soziales Umfeld und die Gesellschaft. Die gesellschaftliche Schadenslast ist von ähnlichem Ausmass wie jene infolge problematischen Alkoholkonsums oder von Depressionen⁵. Die sozialen Kosten des problematischen Geldspiels in der Schweiz werden auf [551 bis 648 Millionen Franken](#) pro Jahr geschätzt.

Mehr als 50'000 aktive Spielsperren

Die [jährliche Zunahme an Spielsperren](#) in Schweizer Casinos belief sich im Jahr 2016 auf 3794; gesamthaft sind dies 50'262 aktive Spielsperren.

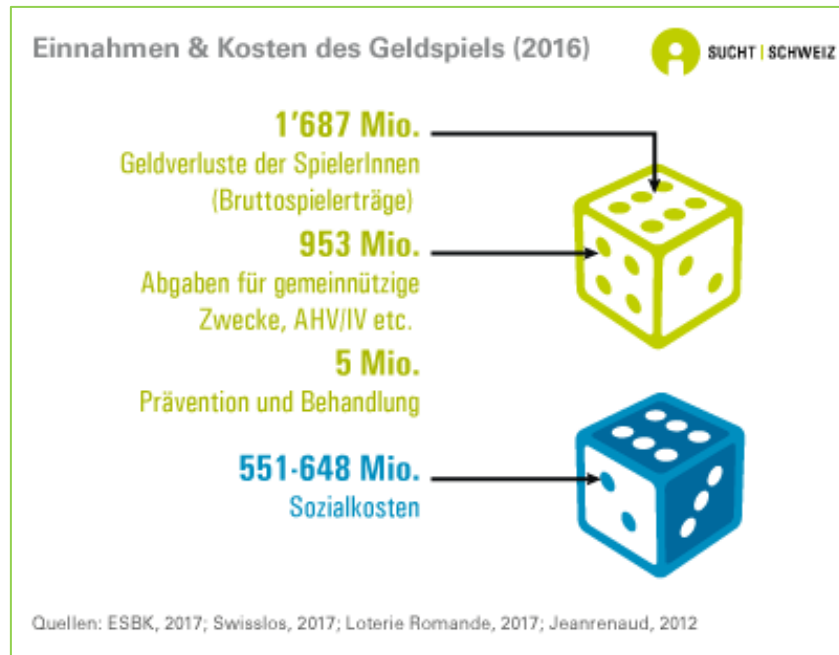
Einnahmen aus Casinos und Lotterien nahmen zu

Die Einnahmen aus Casinos und Lotterien nahmen zwischen 2015 und 2016 zu. Im Jahr 2016 erzielten die [Casinos](#) einen Bruttospielertrag von 689,7 Millionen Franken, 7,5 Millionen mehr als im Jahr davor. Die Spielbankenabgabe belief sich auf 323,3 Millionen. Hiervon gingen 275,9 Millionen an den Ausgleichsfonds der AHV, während 47,3 Millionen an die Standortkantone der B-Casinos gingen. Die [Loterie Romande](#) verzeichnete mit 398 Mio. Franken Bruttospielertrag ein Rekordjahr. In Anbetracht der Entwicklung von illegalen Angeboten im Internet sei dieses Resultat erstaunlich, so die Loterie Romande. 217 Mio. Fr. flossen in gemeinnützige Projekte. [Swisslos](#) nahm 599 Mio. Fr. ein, wovon 413 Mio. Fr. an Projekte und Institutionen in den Bereichen Kultur, Sport, Umwelt oder Soziales gingen. Von den Bruttospielerträgen der Loterie Romande und Swisslos gehen 0.5% an die Kantone für die Bekämpfung der Spielsucht. Diese Zahlen könnten dahingehend interpretiert werden, dass Spielende nach wie vor gerne bei Schweizer Anbietern spielen und die Abwanderung ins Ausland nicht so dramatisch ist, wie von Anbieterseite jeweils kommuniziert wird.

⁵ Browne, M./Langham, E./Rawat, V./Greer, N./Li, E./Rose, J. ... & Bryden, G. (2016): Assessing gambling-related harm in Victoria: a public health perspective. Melbourne: Victorian Responsible Gambling Foundation.



GELDSPIEL



Social Gambling etc. – neue Trends am Spielhimmel

Laufend sind neue (Online-)Spielformen zu beobachten, welche insbesondere die Grenzen zwischen Videospiele und Geldspielen fließend machen – offensichtlich mit dem Ziel, neue Kundensegmente zu erreichen. Für das simulierte Geldspiel im Internet hat sich auch der Begriff „[Social Gambling](#)“ durchgesetzt. Es handelt sich dabei beispielsweise um Online-Geldspiele im Design von Videospiele, um sie für junge Spielende attraktiv zu machen, oder Demoverionen kommerzieller Internet-Geldspielangebote, simulierte Geldspiele im Rahmen von Videospiele oder Spiele in sozialen Netzwerken, bei denen nicht um Geld gespielt wird, sondern Boni, Kredite oder andere Spielfunktionen bzw. -vorteile erworben werden. Solche Angebote sind aufgrund der fehlenden Alterslimiten insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv. Fachleute sehen hier eine Suchtgefahr, eine Rückfallgefährdung für problematisch Spielende und sie orten einen Werbeeffekt für Geldspiele. Zudem stellt sich die Frage, inwiefern Präventions- und Behandlungskonzepte für diese neuen Angebote angepasst werden müssen.

Neues Gesetz mit starken Gewinnern und vielen Verlierern

Mit dem neuen Geldspielgesetz will der Bundesrat künftig alle Geldspiele in einem einzigen Gesetz regeln und gleichzeitig den Geldspielmarkt für Online-Casinospiele öffnen. Die Schlussabstimmung im Parlament fand im letzten September statt. Wer in der Schweiz künftig Online-Geldspiele anbietet, muss eine Lizenz dafür erwerben und damit Auflagen zum Schutz der Spielerinnen und Spieler erfüllen. Nicht-lizenzierte Anbieter sollen mit so genannten Netz-Sperren vom Markt ferngehalten werden. Dies hatte bereits im Parlament viel zu reden gegeben. Im letzten Oktober haben mehrere Jungparteien sowie ein weiteres Komitee das Referendum lanciert, wobei ebendiese Sperrung ausländischer Online-Geldspiele moniert wird. Im Januar wurden 60'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht.



Die Fachorganisationen aus dem Suchtbereich sind während des Gesetzgebungsprozesses in vielen Belangen bei der Politik auf taube Ohren gestossen: Es gibt nur wenige neue Massnahmen zum Schutz der Spielenden und Bewährtes wurde gar fallen gelassen. So hat das Parlament die obligatorische Zusammenarbeit zwischen Casinos und Lotterien mit Suchtfachstellen aus dem Gesetz gekippt.

Politik will Junge schützen – das ist wichtig, greift aber zu kurz

Das neue Gesetz verpasst aus Präventionssicht die Chance, Spielende besser zu schützen, was in Anbetracht der Marktöffnung umso dringender wäre. Diese wird mehr spielsüchtige Menschen nach sich ziehen, zumal Online-Geldspiele nachweislich ein höheres Suchtpotenzial aufweisen.

Weil junge Menschen ein erhöhtes Risiko für ein problematisches Spielverhalten haben, sind Jugendschutzmassnahmen besonders wichtig. Das neue Gesetz sieht wie bis anhin eine Altersbegrenzung von 18 Jahren für alle Casinospiele vor, auch für alle Online-Spiele der Lotterien und Casinos. Für Lotterie-Grossspiele gilt neu ein Mindestalter von 16 Jahren und automatisiert durchgeführte Lotterien müssen eine Zugangskontrolle aufweisen. Die Herausforderung wird sein, griffige Massnahmen zur Durchsetzung dieser Alterslimiten, gerade auch bei Online-Geldspielen, zu entwickeln.

Zu wenig Mittel für Beratung und Behandlung

Das Gesetz verpflichtet zwar die Kantone zur Prävention und Behandlung der Geldspielsucht. Ihnen werden aber keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Eine Spielsuchtabgabe auf allen Geldspielen zuhanden der Kantone hatte im neuen Gesetz keine Chance.

Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Kommission zur Prävention des exzessiven Geldspiels hätte zur Aufgabe gehabt, die Entwicklung des Geldspielmarktes zu beobachten, die Folgen für den Spielerschutz einzuschätzen und Empfehlungen an die Aufsichtsbehörden zu formulieren. Dass die Kommission gestrichen wurde, ist äusserst fahrlässig, zumal der Online-Geldspielmarkt sich rasch wandelt und bekannt ist, dass die Art und Ausgestaltung der Spiele das Suchtpotenzial beeinflussen.

Ein weiteres Manko: In der Schweiz wurde bislang verhältnismässig wenig in die Forschung zur Geldspielproblematik investiert. Es stehen keine Daten aus Langzeitstudien sowie Erkenntnisse aus Interventionsstudien und Policy Forschung zur Verfügung, welche für eine evidenzbasierte Prävention notwendig wären. In einem Artikel in *International Gambling Studies*⁶ fordern Experten für die Schweiz ein Monitoringsystem sowie ein beratendes Organ zwischen Politik und Forschung, das den Forschungsbedarf ortet.

⁶ Tazio Carlevaro, Suzanne Lischer, Anna-Maria Sani, Olivier Simon & Alexander Tomei (2017) The inclusion of health concerns in Swiss gambling legislation: an opportunity to access industry data, *International Gambling Studies*, 17:2, 251-258, DOI: 10.1080/14459795.2017.1324894



INTERNET

INTERNETNUTZUNG UND WESHALB SICH SUCHTFACHLEUTE DAMIT BESCHÄFTIGEN

Im Suchtbereich nimmt das Internet eine besondere Stellung ein, denn es verändert die Werbung und den Vertrieb psychoaktiver Substanzen, fördert das Angebot von Spielen (Videogames und Geldspiel) und anderen Aktivitäten, die ein suchtähnliches Nutzungsverhalten fördern können (Pornographie, zwanghaftes Shopping). In der Schweiz wird die Zahl der Internetuser mit problematischem Verhalten auf 70 000 geschätzt. Offen bleibt, inwiefern sich diese Anzahl verändern wird in Anbetracht des steigenden Internetgebrauchs in der Gesamtbevölkerung.

Immer und überall online, oder fast

Gemäss Daten des [Bundesamts für Statistik \(BFS\)](#) hat die regelmässige Internetnutzung bei Personen ab 14 Jahren in den letzten zwanzig Jahren ständig zugenommen. 1997 lag ihr Anteil noch unter 10%, stieg Anfang 2014 auf 81% und erreichte Anfang 2017 bereits 86%.⁷ 85% der Bevölkerung hatten 2017 das Internet am Vortag verwendet, während es 2014 noch 75% waren.⁸ Diese Entwicklung hat wesentlich mit dem Aufschwung des mobilen Internets, der Demokratisierung von Smartphones, Tablets und anderen vernetzten Geräten und der ständig wachsenden Zahl der Aktivitäten zu tun, die damit ausgeübt werden können.

Gemäss BFS besteht überdies ein digitaler Graben zwischen den Altersgruppen, namentlich der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen (99% regelmässige Internetnutzer Anfang 2017) und den älteren Gruppen, gerade ab 70 Jahren (46%).⁹ Und dies trotz einer Zunahme der Personen ab 60 Jahren, welche das Internet regelmässig nutzen.

Internet: viele Chancen, aber auch Risiken

Das Internet ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Zahlreiche Geräte mit Internetzugang ergeben neue Herausforderungen, die nicht nur Fragen zum Einfluss auf die Gesundheit betreffen, sondern auch solche sozialer Art sowie Fragen zum Selbstbild und zum Datenschutz. Ausserdem revolutioniert das Internet die Arbeitswelt, indem die Grenze zwischen Beruf und Privatleben immer mehr aufgeweicht wird.¹⁰

⁷ Regelmässige Nutzung: mehrmals pro Woche im Sinne des ENK (Engerer Nutzerkreis).

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/informationsgesellschaft/gesamtindikatoren/haushalte-bevoelkerung/internetnutzung.html>.

⁸ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/informationsgesellschaft/gesamtindikatoren/haushalte-bevoelkerung/internetnutzung.assetdetail.3782199.html>.

⁹ Vgl. Fussnote 1.

¹⁰ Vgl. <http://www.suchtschweiz.ch/hyperconnectivite>.



Die neuen Technologien weisen selbstverständlich viele Vorteile auf. Aber es gilt, die Probleme und Belastungen, die sie mit sich bringen können, ernst zu nehmen. Manche Nutzerinnen und Nutzer verlieren die Kontrolle und erleiden negative Auswirkungen auf ihren Alltag, ihre sozialen Kontakte und ihr psychisches, körperliches Befinden.

Die Diskussion geht weiter

Grundsätzlich besteht in der Wissenschaft Einigkeit darüber, dass die im Internet verbrachte Zeit alleine kein hinreichendes Kriterium für eine problematische Nutzung darstellt, doch werden gewisse Grundsatzfragen weiterhin diskutiert. Gibt es etwa ein Krankheitsbild der pathologischen Internetnutzung?¹¹ Oder handelt es sich nicht vielmehr um suchtähnliche Störungen im Zusammenhang mit den Inhalten des Internets (Sucht auf dem Internet, statt nach dem Internet)?¹² Und ergeben sich die negativen Folgen nicht eher aus der ungeeigneten Internetnutzung bzw. einem problematischen Verhältnis zum Internet, statt aus einem eigentlichen klinischen Störungsbild?

Neben diesen Grundsatzdiskussionen wurden auch Instrumente entwickelt, um anhand von Selbstbeurteilungen im Rahmen von Bevölkerungsstudien den Bevölkerungsanteil mit problematischer Internetnutzung einzuschätzen.¹³

Was Störungen im Zusammenhang mit der Verwendung von On- und Offline-Videospielen angeht, hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) entschieden, sie 2018 in die neue Internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD-11) aufzunehmen.

Schweiz: 70 000 problematische Internetuser

Die jüngsten Daten des [Suchtmonitorings Schweiz](#), die 2015 bei einer Bevölkerung ab 15 Jahren erhoben wurden, ergeben, dass eine grosse Mehrheit der Internetnutzer ihren Gebrauch im Griff hat, während etwa 1% eine problematische Nutzung aufweisen dürfte.¹⁴ Dies entspricht rund 70 000 Personen. Eine problematische Nutzung zeichnet sich unter anderem durch einen Kontrollverlust und die Weiternutzung trotz schädlicher Folgen aus.

Jugendliche: Jeder Vierte nutzt das Internet problematisch

Weiterhin zeigt das Suchtmonitoring Schweiz 2015, dass die 15- bis 19-Jährigen, die zu den stärksten Internetnutzern gehören, mit etwa 7% problematischer Nutzung wohl stärker betroffen sind als die älteren Gruppen.¹⁵

¹¹ Im Sinne einer Pathologie, die in einem der Klassifikationssysteme ICD oder DSM enthalten wäre.

¹² Insbesondere die sogenannten MMORPG-Spiele («Massively Multiplayer Online Role-Playing Games»), die sozialen Netzwerke, Glücksspiele und Pornographie, die sich durch die grosse Zahl und Häufigkeit der Anreize und der Belohnung auszeichnen.

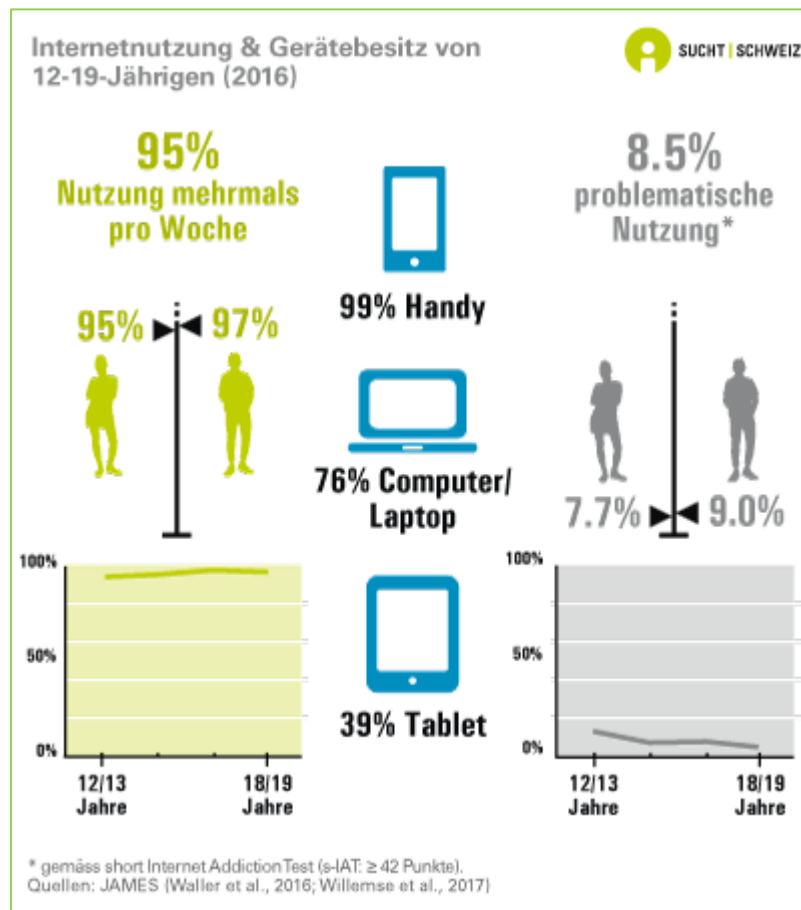
¹³ Noch gibt es für das hier beschriebene Phänomen keine allgemein anerkannte Definition und Begrifflichkeit. Wir benutzen den Begriff «problematische Internetnutzung», um eine Nutzung zu beschreiben, die schädliche Auswirkungen auf die Nutzerin oder den Nutzer entfaltet.

¹⁴ Definition gemäss CIUS-Skala (Computive Internet Use Scale); Daten 2015 (http://www.suchtmonitoring.ch/docs/library/marmet_mz1vxtjaun6v.pdf).

¹⁵ Vgl. Fussnote 8.

Die JAMES-Studie untersucht das Onlineverhalten von Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren. Gemäss den Daten, die 2016 erhoben wurden, nutzen vier von fünf Jugendlichen das Internet unproblematisch. Etwas mehr als jeder zehnte Jugendliche weist ein risikoreiches, etwas weniger als jeder zehnte ein problematisches Online-Verhalten auf.¹⁶ Bei den 12- bis 19-Jährigen scheint der Anteil der problematischen Nutzer bei den Jüngsten (12- bis 13-Jährige) am grössten zu sein.

INTERNET



Prävention und Betreuungsangebote

In Sachen Information und Sensibilisierung spielt die Plattform zur Förderung von Medienkompetenz des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV), [Jugend und Medien](#) weiterhin eine wichtige Rolle. Die problematische Internetnutzung ist eines der dort behandelten Themen. Der Schwerpunkt im Jahr 2017 lag auf Extremismus und Radikalisierung.

¹⁶ Definition gemäss s-IAT (short Internet Addiction Test: https://www.zhaw.ch/storage/psychologie/upload/forschung/medienpsychologie/james/jamesfocus/2017/JAMESfocus_2017_Onlineverhalten.pdf).



Die Betreuungsangebote bei Störungen im Zusammenhang mit dem Internet wurden vor allem aufgrund von Anfragen aus der Bevölkerung entwickelt. Teils helfen psychiatrische Dienste weiter, teils Suchtberatungsstellen. Auch rund um Fachstellen für Geldspielsucht sind solche Angebote entstanden.

Politik: Nationale Strategie Sucht

Die problematische Internetnutzung ist eines der Themengebiete der Nationalen Strategie Sucht des BAG, deren Umsetzung 2017 begonnen hat. Dabei geht es unter anderem darum, auf Fragen rund um die Definition der problematischen Internetnutzung, die Prävalenz in der Bevölkerung, den Einbezug der Betreuung in das bestehende institutionelle Angebot im Suchtbereich einzugehen und allenfalls Massnahmen auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene vorzuschlagen.

Die entsprechenden vom BAG in Auftrag gegebenen Studien sind am Laufen oder haben erste Fortschritte ermöglicht. So schlägt ein [Bericht](#) aus dem Jahr 2017 Arbeitsdefinitionen für den problematischen Internetgebrauch und die Internet-Gebrauchsstörung vor.

Das neue Monitoring-System Sucht umfasst auch einen Indikator¹⁷, der auf der CIUS-Skala beruht. Dieser Indikator wurde 2013 und 2015 beim Suchtmonitoring Schweiz berücksichtigt.

Es scheint offensichtlich, dass die rasche Weiterentwicklung der Internet-Technologien die fortgesetzte Beobachtung und Analyse des Nutzerverhaltens, die Problembestimmung und -definition sowie Wirkungsstudien in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit und Kommunikationsmethoden allgemein erfordert.

¹⁷ Indikator Nr. 13: https://www.buerobass.ch/fileadmin/Files/2016/BAG_2016_IndikatorensetSucht.pdf.